

## Hamburger Erklärung

### der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie zur Bundestagswahl 2017

In einem immer dynamischeren Wettbewerb und angesichts einer durch die Digitalisierung immer stärker verflochtenen Weltwirtschaft muss Deutschland ein attraktiver Industriestandort bleiben. Notwendig ist ein neuer Politikansatz, der die Wachstumskräfte stärkt, den Arbeitsmarkt offen und beweglich hält sowie Betriebe und Beschäftigte auf die Strukturveränderungen der Digitalisierung vorbereitet. Die nächste Bundesregierung muss wieder mehr Wirtschaft wagen.

**1. Die Arbeitszeit modernisieren:** Die Regelungen im deutschen Arbeitszeitgesetz müssen an die Vorgaben der europäischen Arbeitszeitrichtlinie mit einer Umstellung von einer Tageshöchst Arbeitszeit auf eine Wochenhöchst Arbeitszeit angeglichen werden. Ebenso muss die geltende Ruhezeitregelung mit einer unkonditionierten tariflichen Öffnungsklausel versehen werden.

**2. Die erfolgreichen Arbeitsmarktreformen bewahren:** Wir sprechen uns entschieden gegen jedes weitere Zurückdrehen der Agenda-Reformen am Arbeitsmarkt aus. Die wenigen Flexibilisierungsmöglichkeiten, über die Unternehmen heute noch verfügen, wie z.B. Zeitarbeit, Teilzeit und befristete Arbeitsverträge, müssen erhalten bleiben. Um ergänzend auch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, fordern wir die Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes in der nächsten Legislaturperiode.

**3. Die Sozialabgaben bei 40 Prozent deckeln:** Wir wollen, dass Arbeit in Deutschland auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Deshalb müssen die Sozialbeiträge bei höchstens 40 Prozent gedeckelt werden. Überschreiten sie diese Marke, muss der jeweilige Steuerzuschuss zu den Sozialversicherungen entweder sukzessive erhöht werden oder es müssen Leistungsreduzierungen erfolgen, bis die Beiträge wieder bei 40 Prozent stabilisiert werden.

**4. Der Altersversorgung eine neue Zukunft geben:** Wir plädieren dafür, die bisherige Rentenformel beizubehalten und durch eine weitere Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu stützen. Ein höheres Rentenniveau ist nicht finanzierbar und belastet den Faktor Arbeit mit unübersehbaren Risiken für die Beschäftigung. Die demografiewidrige Rente mit 63 muss rückgängig gemacht werden. Die Mütterrente sollte rückgängig gemacht werden. Will man sie dennoch beibehalten, sollte sie nicht aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden. Es ist zwingend erforderlich, das gesetzliche Renteneintrittsalter spätestens ab dem Jahr 2030 automatisch an die steigende Lebenserwartung zu koppeln.

**5. Die Tarifautonomie schützen und stärken:** Wir fordern die künftig im Bundestag vertretenen Parteien dazu auf, die in Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes geschützte Tarifautonomie zu respektieren und Eingriffe in diese Gestaltungsfreiheit zu unterlassen. Engste gesetzliche Vorgaben, die nur auf Basis eines Tarifvertrags Erleichterungen ermöglichen, stärken nicht die Tarifbindung, sondern zerstören sie. Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Parität im Arbeitskampfrecht wiederherzustellen. Der Arbeitskampf muss wieder zum letzten Mittel der Konfliktlösung werden.

**6. Die Bildung von Anfang an stärken:** Bildungspolitik, insbesondere Schulpolitik, ist und bleibt Ländersache. Dennoch sprechen wir uns nachdrücklich für ergänzende Wege der Bildungsfinanzierung durch den Bund aus.

Ziel ist eine vereinfachte Förderung, Stärkung und Verbesserung der frühkindlichen, der schulischen und insbesondere auch der berufsschulischen Bildung unter Beibehaltung des Bildungsföderalismus. Sollten die finanziellen Mittel des Bildungshaushalts hierfür nicht ausreichen, sprechen wir uns für eine gezielte Umschichtung von Mitteln aus dem Sozialhaushalt zugunsten der Bildung aus. Dort, wo es nötig ist, sollte der Lehrerschlüssel pro Schulklasse verbessert und für mehr Kontinuität und weniger Ausfallzeiten an unseren Schulen und Berufsschulen gesorgt werden. Weitere wichtige Punkte sind der bauliche Zustand unserer Schulen und Berufsschulen sowie ihre Ausstattung mit zeitgemäßen Lehrmitteln. Moderne Informations- und Kommunikationsmedien müssen zu einem zentralen Element in Lehr- und Lernprozessen werden. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrer muss zielgerichtet gestärkt und ein deutlicher Schwerpunkt auf das digitale Lehren und Lernen gelegt werden.

**7. Den Schuldenabbau beschleunigen und die Arbeitnehmer entlasten:** Die Steuereinnahmen auf Bundesebene, aber auch auf Ebene der Länder und Kommunen haben sich in den vergangenen zehn Jahren dramatisch erhöht. Trotzdem ist gleichzeitig die Verschuldung der öffentlichen Haushalte deutlich gestiegen. Wir fordern deshalb die nächste Bundesregierung dazu auf, nicht bloß Neuschulden zu vermeiden, sondern aktiv einen rascheren Abbau von Schulden anzugehen. Die Schulden des Bundes betragen derzeit etwa 1.300 Milliarden Euro. Ziel sollte es sein, diese Schulden bis zum Jahr 2050 auf 650 Milliarden Euro zu halbieren. Über viele Jahre hat der Staat durch die kalte Progression seine Einnahmen kontinuierlich erhöht, was vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen belastet. Diese heimliche Steuererhöhung muss den Bürgern in Zukunft zurückgegeben werden. Zudem muss der sogenannte Mittelstandsbauch beim Steuertarif abgeflacht werden. Eine weitere Entlastungsmöglichkeit wäre es, den inzwischen überflüssigen Solidaritätszuschlag rasch abzuschaffen.

**8. Den Strukturwandel bewältigen und die Digitalisierung gewinnen:** Um die Chancen der Digitalisierung in vollem Umfang nutzen zu können, benötigen wir die konsequente Erneuerung, Verbesserung und Erweiterung unserer Infrastruktur, analog wie digital, in allen Regionen Deutschlands. Dafür müssen die staatlichen und privaten Investitionen deutlich steigen. Zudem gilt es, durch eine konsequente Digitalisierungsstrategie die Verwaltungsprozesse bürger- und unternehmensfreundlich zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir fordern die gezielte steuerliche Förderung für alle forschenden Unternehmen (10 Prozent steuerlicher Vorabzug der F&E-Ausgaben) und die konsequente Verringerung von Dokumentationspflichten und bürokratischen Belastungen. Wir sprechen uns für eine verschärfte Bürokratiebremse, eine „one in – two out“-Regelung aus. Wir wollen Exportweltmeister sein, nicht Bürokratieweltmeister.

**9. Den Freihandel stärken und den EU-Binnenmarkt erhalten:** Weltweiter Freihandel, ein stabiler Euro und ein leistungs- und wettbewerbsfähiger europäischer Binnenmarkt sind Grundvoraussetzungen für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Wir erteilen daher jeder Forderung nach einer Einschränkung des Freihandels, einem Rückzug Deutschlands aus der Euro-Zone oder der Abschaffung des Euros eine klare Absage. Ziel der politischen Anstrengungen Deutschlands muss es sein, für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aller Mitglieder des Euro-Raums einzutreten. Europa krankt nicht an zu niedrigen sozialen Standards, sondern an zu wenig Wettbewerbsfähigkeit.